CEO Jakob Müller AG

Andreas Geistlich VRP Geistlich Pharma AG Wolhusen LU

800 Angestellte

rozessdigitalisierung











General Manager Wago Contact AG

Domdidier FR



CEO Lamprecht Transport AG



CEO Borer Chemie AG Zuchwil SO



«Wir stehen für di

ANDREAS VALDA

der bilateraler

isher stand der Ypsomed-Chef Simon Michel allein im Fokus als

Unternehmer mit seinem Be-kenntnis zum bilateralen Weg mit

der EU. Dafür wird er von den Gegnern der Verträge scharf kri-

tisiert, allen voran von den Wirt-

schaftsführern Alfred Gantner, Urs Wietlisbach und Marcel Erni. Die drei Zuger Milliardäre füh ren seit Monaten eine Kampagne gegen das bundesrätliche Vertragspaket, das in einer Woche publiziert werden dürfte.

Der Vorwurf: Michel verbreite Falschinforma-

Der Vorwur: Michel verpreite Falschinforma-tionen, verfolge die Eigeninteressen und sei iso-liert, liessen Gantner, Wietlisbach und Erni auf ihrer Roadshow durch die Schweiz verlauten. Sie taten dies als Co-Gründer von Kompass Europa. Ihr Fazit: Die Schweizer Wirtschaft brauche die

Ini Fazi: Die Schweizer Winschaft brauche die bilateralen Verträge nicht, «86 Prozent der Wirt-schaft» seien gegen die Bilateralen. Jetzt erhalten die Kompass-Protagonisten brei-ten Widerspruch. 42 Eigentümer, CEOs und hochrangige Vertreterinnen und Ver-

treter mittelgrosser Unternehmen. welche zusammen rund 29 000 An-gestellte beschäftigen, outen sich als Befürworter des bundesrätli-chen Kurses und sagen: «Wir ste-

Kompass Europa erhält Widerspruch. 42 Firm

führung der Bilate

hen für die Weiterentwicklung der bilateralen Verträge ein.» Sie tun dies unter dem Vorbehalt, das

Vertragspaket neu zu beurteilen, wenn es publiziert ist. Aber in der Tendenz ist es für sie klar: Die bila-teralen Verträge sind wichtig für die Schweiz, und

es braucht sie auch in der Zukunft. Damit widersprechen sie Aussagen von EU-Skeptikern, wonach

Die «Handelszeitung» fand die Unternehmer und Manager ohne grossen Aufwand. Dabei hal-fen ihr vier regionale Handelskammern, der Tech-

Verband Swissmem und einige Direktkontakte Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse

«Das Herzstück der B Personenfreizügigkei

Branche überleben, bra technikerinnen und De

benachbarten Auslar die entsprechenden

Co-CEO Forster
St. Galle
800 Anges
Stickereien, Damenob
technische Te

die Abkommen unnötig seien.





Gründer & CEO Heiq Materials AG Schlieren ZH

CEO CWC Textil AG Zürich/Münchwilen TG 230 Angestellte





Livio Marzo

Jérôme Thiriet

CEO Kurierzentrale AG Basel 100 Angestellte Kurierdienstleister, Citylogistik

CEO Siemens Smart Infrastructure



CEO Swiss Can AG



CEO Holle Baby Food AG Riehen BL





Group CMO Stöcklin Logistik AG



*Standort Rotkreuz **Standort Schweiz





nenverantwortliche bekennen sich zur Weitereralen mit der EU.

war nicht involviert, ebenso wenig wie die Pro-Bilaterale-Vereinigung Progresuisse.

Viele Befürworter bei Swissmechanics

Dass es viel mehr Unternehmer in der Schweiz ge ben dürfte, die den Bundesrat in seinem Kurs unben durfte, die den Bundesrät in seinem Kurs un-terstützen, zeigt das Statement von Nicola Tetta-manti. Der Unternehmer führt eine fünfzigköpfige Firma für Präzisionswerkzeuge und ist Präsident von Swissmechanics, dem Branchenverband der kleinen Maschinenbauer mit 1300 Betrieben und 65 000 Angestellten. Tettamanti sagt: «Wir haben in den letzten zwanzig Jahren seit Bestehen der bilateralen Verträge stark davon profitiert. Es wäre deshalb unklug, dieses Verhältnis jetzt zu beschädigen.» Die Bilateralen hätten sich «in den letzten Jahrzehnten als Erfolgsmodell» erwiesen, so der Präsident. Die Mitgliedsfirmen seien stark vom Export geprägt. «Für sie ist der Zugang zum EU-Binnenmarkt extrem wichtig. Sie möchten das gute bilaterale Verhältnis der Schweiz mit der EU nicht aufs Spiel setzen.» Er sagt, je stärker Firmen im internationalen Markt tätig seien, umso wichti-

ger sei ihnen der präferenzielle Zugang zum EU-Binnenmarkt. Bedeutend seien zudem die EU-Ver-träge auch für Zulieferfirmen von Schweizer Konzernen, die im EU-Raum exportieren. Rund die Hällte der 1300 Swissmechanics-Betriebe sind starke Exporteure und dürften

im Pro-Bilaterale-Lager sein.
Kommenden Freitag wohl wird der Buddesrat das Verhandlungspaket samt Eckwerten publizieren. Im März erwartet man
seine Botschaft ans Parlament mit einer Anpassung von dreissig Geset-zen. Dann wird sich klären, wie die Wirtschaft zu den Bilateralen III steht

«Jedes vierte unserer hochwertigen Produkte verkaufen wir in die EU! Damit das so bleibt, sind die Bilateralen III sehr wichtig.»



CEO Candrian Gruppe





CEO Mitinhaber Filtex AG St. Gallen





VR-Del. R. Nussbaum AG Olten SO

500 Angestellte Sanitär- und Heizungstechnik

CEO Ultra Brag AG

150 Angestellte Lagerlogistik und Schüttgut

CEO Fraisa Holding AG



Ute Lepple Direktorin Scintilla AG/Bosch





Rupperswii AG 150 Angestellte

Der Schweizer Balanceakt

ie soll die Schweiz ihr Verhältnis zur Europäischen Union regeln? Diese Frage beschäftigt die Schweizer Politik seit mehr als einem Vierteljahrhundert, nachdem das Volk 1992 den Beitritt zum Europäischen Währungsraum (EWR) abgelehnt hatte. Noch vor Weihnachten werden in dieser Frage wichtige Weichen gestellt. In seinen Sitrungen am 13. und 20. Dezember wird der Bundesrat über das Ergebnis der Ver-handlungen mit der EU-Kommission über ein nandungen mit der EU-Kommission uber ein neues Vertragspaket einstcheiden. Der volle Vertragstext wird dann noch nicht öffentlich, das soll erst im Zuge der Vernehmlassung er-folgen, die für das kommende Frühjahr er-wartet wird. Aber die Eckpunkte des Vertragswerks dürften vorher bekannt werden.

Zwei neue Abkommen sind geplant Das neue Paket zielt darauf ab, die bestehenden bilateralen Verträge zu modernisieren und ein neues Abkommen abzuschliessen. Dies betrifft 32 Schweizer Gesetze. Die wichtigsten Binnenmarktabkommen umfassen jene zur Personenfreizügigkeit, zum Abbau technischer Handelshemmnisse, zum Land- und Luftver-kehr sowie zur Landwirtschaft. Geplant sind zudem neue Vereinbarungen in den Bereichen Strom und Lebensmittelsicherheit. Und im Bereich der Forschung, Bildung und Gesundheit soll die Kooperation vertieft werden.

Umstritten ist das Vertragspaket vor allem we-gen zwei Elementen, auf welche die EU drängt: Zum einen soll die Schweiz mehr oder weniger automatisch (sogenannt dynamisch) Anpassun gen von EU-Recht in Schweizer Recht überneh men, wenn diese Änderungen jene Bereiche des Binnenmarkts tangieren, an denen die Schweiz teilnimmt. Soweit bekannt, darf die Schweiz Anteinlimmt. soweit bekannt, dari die Schweiz Alp-passungen ans EU-Recht zwar verweigern. Für diesen Fall bekommt die EU indes das Recht, Sanktionen zu verhängen. Diese Strafen dürfen aber nur innerhalb der Markzugangsabkommen verhängt werden, und sie müssen verhältnismässig sein. Zudem muss das paritätisch besetzte

Streit um die Streitbeilegung

Die Befürworter argumentieren, dass es künftig der EU damit nicht mehr möglich sein wird, die Schweiz willkürlich mit Nadelstichen zu traktieren, wie etwa 2019. Damals aberkannte die EU-Kommission der Schweizer Börse die EU-Börsenäquivalenz, weil Bern aus Sicht von Brüssel nicht schnell genug vorwärtsmachte, um ein Rahmenabkommen mit der EU abzuschliessen. Die Gegnerinnen wiederum war-nen, dass die Schweiz sich mit diesem Sank-

tionsmechanismus erpressbar mache. Ein weiterer Knackpunkt ist die Frage der Streitbeilegung. Dem Plan zufolge werden Unstimmigkeiten zunächst im Gemischten Aus schuss besprochen, in dem die Schweiz und die EU vertreten sind. Gelingt hier keine Lösung, soll ein eigenes Schiedsgericht entscheiden. Bei Auslegung des EU-Rechts soll der Europäische Gerichtshofs (EuGH) entscheiden. Die Gegner argumentieren, dass der EuGH das Gericht der gegnerischen Streitpartei sei – mit «fremden Richtern». Dies sei inakzeptabel.

Ein Zankapfel ist ferner die Art und Weise, wie die Personenfreizügigkeit weiterentwickelt wird. Hier geht es um Details wie die Frage, welche Spesensätze EU-Arbeitnehmende bei Einsätzen in der Schweiz verrechnen dürfen jene ihres Heimatlandes oder die der Schweiz? Die Gewerkschaften befürchten, dass Schweizer Beschäftigte von günstigen Konkurrenten aus der EU verdrängt werden könnten. Der Zuwanderungsdruck ist das grösste Reizthema. Offenbar ist nun geplant, dass der Bundesrat eine Art Schutzklausel als Abwehrmassnahme präsentieren wird. Die EU müsste aber dieser Zuwanderungsbremse zustimmen, was die Klausel aus Sicht der Gegne-rinnen unbrauchbar erscheinen lässt.

Im Grossen und Ganzen geht es im EU-Streit um die Frage: Wie viel Souveränität ist die Schweiz bereit, im Tausch für stabile Wirtschaftsbeziehungen aufzugeben? Derzeit ha-ben die Gegner medial Oberwasser, doch Wirt-schaftsvertreter sind weniger negativ: Wenn die Vorteile erst klar würden, hätte das Paket eine Chance. Das letzte Wort wird das Volk ha-ben – wie seinerzeit bei der EWR-Abstimmung.











